presse

AG Ernährung und Landwirtschaft

Glyphosat-Ausstieg weiterhin langfristig erforderlich

***Rita Hagl-Kehl**, stellvertretende Sprecherin der AG Ernährung und Landwirtschaft:*

Die Europäische Chemieagentur (ECHA) hat das Pflanzengift Glyphosat in einem Gutachten als nicht krebserregend eingestuft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich langfristig weiterhin für einen Ausstieg ein. Kurzfristig muss die bundesweite Einsatzmenge von Glyphosat reduziert werden.

„Die Empfehlung der ECHA ändert wenig an dem, was wir über Glyphosat wissen, und nichts an der Position der SPD-Bundestagsfraktion. Glyphosat birgt erhebliche Umweltrisiken und schadet der Artenvielfalt auf unseren Äckern und Feldern. Bestätigt wurde seitens der ECHA, dass das Pestizid für Wasserorganismen giftig ist und der Gebrauch schwere Augenschäden verursachen kann. Die Stellungnahme der EU-Behörde widerspricht zudem der Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, die 2016 empfohlen hatte, Glyphosat auch als „organschädigend bei wiederholtem Gebrauch“ zu klassifizieren. Die Einschätzung „nicht krebserregend“ steht im Widerspruch zu den Ergebnissen der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) der WHO von 2015.

Glyphosat ist weder für Mensch, Tier und Umwelt harmlos, noch für die Landwirtschaft nachhaltig. Das langfristige Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist deshalb weiterhin der vollständige Ausstieg. Dafür müssen Alternativen und ein praktikabler Ausstiegsplan für die Landwirtschaft entwickelt werden. Kurzfristig wollen wir in Deutschland zu einer Reduktion der eingesetzten Mengen kommen und auf EU-Ebene strenge Anwendungsbestimmungen durchsetzen. Glyphosathaltige Herbizide in Haus- und Kleingärten sowie der Einsatz in den

IMPRESSUM
HERAUSGEBER CHRISTINE LAMBRECHT, MDB **REDAKTION** ALBRECHT VON WANGENHEIM
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Kommunen, zum Beispiel auf Spielplätzen, müssen verboten werden.“